

Artikel vom 23.05.2018

Machtwort von Horst Seehofer

Keine Asylentscheidungen mehr vom BAMF Bremen



Als Konsequenz um unrechtmäßige Asylentscheide in Bremen hat Bundesinnenminister Horst Seehofer der dortigen Außenstelle des Flüchtlingsbundesamtes BAMF bis auf weiteres verboten, über Anträge von Flüchtlingen zu entscheiden. Das teilte das Ministerium am Mittwoch mit.

Seehofer: „Das Vertrauen in die Qualität der Asylverfahren und die Integrität des Ankunftsentrums Bremen ist massiv geschädigt worden. Um dieses wiederherzustellen, habe ich daher entschieden, dass das Ankunftszentrum in Bremen ab sofort und bis zum vollständigen Abschluss des Ermittlungsverfahrens und der laufenden Überprüfungen keine Asylentscheidungen mehr trifft.“

In der Außenstelle Bremen sollen zwischen 2013 und 2016 Mitarbeiter Menschen ohne ausreichende rechtliche Grundlage Asyl gewährt haben. Die Bearbeitung der Asylverfahren des Ankunftsentrums Bremen wird von anderen Außenstellen des BAMF mit sofortiger Wirkung übernommen.

Seehofer: „Ich habe mich von Beginn an für die schonungslose Aufklärung eingesetzt. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Prüfungen des Bundesrechnungshofes, der internen Überprüfung sämtlicher positiver Entscheidungen des Ankunftszentrum Bremen seit dem Jahr 2000 habe ich heute angeordnet, dass sämtliche Geschäftsvorgänge überprüft werden, an denen die im Verdacht stehenden Mitarbeiter beteiligt waren.“

Seehofer betonte, im Asylverfahren werde nach Recht und Gesetz entschieden: „Die Qualität der Asylentscheidungen steht für mich an erster Stelle. Daher habe ich das BAMF angewiesen, weitere qualitätssichernde Maßnahmen sofort zu ergreifen. Zukünftig werden u.a. zusätzlich nach dem Zufallsprinzip 10 Prozent aller Asylentscheidungen des BAMF vor der Zustellung durch die Qualitätssicherung des BAMF überprüft. Dafür wird die Mitarbeiterzahl in der Qualitätssicherung in der BAMF-Zentrale erheblich verstärkt. In Zukunft sollen auch regelmäßig Entscheidungen der Außenstellen überprüft werden, deren Schutzquoten vom bundesweiten Durchschnitt abweichen“, so Bundesinnenminister Horst Seehofer.